

ATOSS Software AG
München

Jahresabschluss und Lagebericht
31. Dezember 2007

- zur Einreichung zum elektronischen Bundesanzeiger -

INHALTSVERZEICHNIS

Bestätigungsvermerk

Rechnungslegung

Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt

Allgemeine Auftragsbedingungen

Hinweis:

Den nachfolgenden Bestätigungsvermerk haben wir, unter Beachtung der gesetzlichen und berufsständischen Bestimmungen, nach Maßgabe der in der Anlage „Auftragsbedingungen, Haftung und Verwendungsvorbehalt“ beschriebenen Bedingungen erteilt.

Falls das vorliegende Dokument in elektronischer Fassung für Zwecke der Offenlegung im elektronischen Bundesanzeiger verwendet wird, sind für diesen Zweck daraus nur die Dateien zur Rechnungslegung und im Falle gesetzlicher Prüfungspflicht der Bestätigungsvermerk resp. die diesbezüglich erteilte Bescheinigung bestimmt.

BESTÄTIGUNGSVERMERK

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der ATOSS Software AG, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

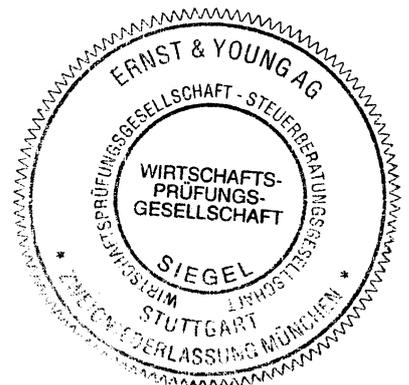
Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 1. Februar 2008

Ernst & Young AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft


Marxer
Wirtschaftsprüfer


Haucke
Wirtschaftsprüfer



ATOSS Software AG, München
Bilanz zum 31. Dezember 2007

	31.12.2006		31.12.2006	
	EUR	EUR	EUR	EUR
AKTIVA				31.12.2006
A. ANLAGEVERMÖGEN				EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		148.624,00	122.489,00	
II. Sachanlagen				
1. Technische Anlagen und Maschinen	48.746,00		58.723,00	
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	443.985,72		278.264,06	
		492.731,72	336.987,06	
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	126.368,68		126.368,68	
2. Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen	567.754,63		427.656,32	
		694.123,31	554.025,00	
		1.335.479,03	1.013.501,06	
B. UMLAUFVERMÖGEN				
I. Vorräte				
Unfertige Leistungen		105.606,67	248.680,03	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.010.095,31		2.846.319,70	
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	718.358,55		776.702,01	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	90.088,35		66.991,16	
		2.818.542,21	3.690.012,87	
III. Wertpapiere				
Eigene Anteile		264.293,49	752.646,20	
IV. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten				
		12.142.798,13	9.743.643,83	
		15.331.240,50	14.434.982,93	
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
		190.395,69	265.371,73	
		16.857.115,22	15.713.855,72	
PASSIVA				31.12.2006
A. EIGENKAPITAL				EUR
I. Gezeichnetes Kapital (bedingtes Kapital EUR 740.000; Vj. TEUR 740)	4.025.667,00		4.025.667,00	
II. Kapitalrücklage	1.853.139,20		1.853.139,20	
III. Gewinnrücklagen				
Rücklage für eigene Anteile	264.293,49		752.646,20	
IV. Bilanzgewinn	4.043.756,26		2.510.278,38	
		10.186.855,95	9.141.730,78	
B. RÜCKSTELLUNGEN				
1. Rückstellungen für Pensionen	887.031,00		821.469,00	
2. Steuerrückstellungen	687.529,00		448.151,00	
3. Sonstige Rückstellungen	3.003.931,82		2.291.269,64	
		4.578.491,82	3.560.889,64	
C. VERBINDLICHKEITEN				
1. Anleihen	38.500,00		85.673,00	
davon konvertibel EUR 38.500 (Vj. TEUR 86)				
2. Erhaltene Anzahlungen	324.872,33		795.940,20	
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	373.381,96		507.960,84	
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	331.659,61		310.975,87	
5. Sonstige Verbindlichkeiten	261.830,22		294.042,02	
davon aus Steuern EUR 260.766,50 (Vj. TEUR 290)				
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit				
EUR 0,00 (Vj. TEUR 1)		1.330.244,12	1.994.591,93	
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
		761.523,33	1.016.643,37	
		16.857.115,22	15.713.855,72	

ATOSS Software AG, München
Gewinn- und Verlustrechnung für 2007

	EUR	EUR	2006 EUR
1. Umsatzerlöse	24.872.046,93		21.253.989,32
2. Verminderung (Vj. Erhöhung) des Bestands an unfertigen Leistungen	-143.073,36		248.680,03
3. Sonstige betriebliche Erträge	<u>704.745,95</u>		<u>1.171.110,46</u>
		25.433.719,52	<u>22.673.779,81</u>
4. Materialaufwand			
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.997.832,41		2.386.220,72
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	9.934.924,70		9.077.208,23
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung EUR 309.399,77 (Vj. TEUR 446)	1.895.020,53		1.805.837,48
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	446.801,81		459.596,99
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>7.688.500,21</u>		<u>7.268.275,91</u>
		21.963.079,66	<u>20.997.139,33</u>
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen EUR 6.815,08 (Vj. TEUR 20)	464.442,32		546.804,44
9. Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	311.319,71		276.318,33
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>3.086,87</u>		<u>4.114,37</u>
		<u>150.035,74</u>	<u>266.371,74</u>
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		3.620.675,60	<u>1.943.012,22</u>
12. Außerordentliche Erträge	<u>0,00</u>		<u>168.170,03</u>
13. Außerordentliches Ergebnis		0,00	<u>168.170,03</u>
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.625.971,31		968.238,95
15. Sonstige Steuern	<u>-768,58</u>		<u>1.856,43</u>
		<u>1.625.202,73</u>	<u>970.095,38</u>
16. Jahresüberschuss		1.995.472,87	<u>1.141.086,87</u>
17. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		1.559.930,68	872.553,94
18. Entnahme aus der Gewinnrücklage Rücklage für eigene Anteile		488.352,71	568.051,97
19. Einstellung in die Gewinnrücklage Rücklage für eigene Anteile		0,00	-71.414,40
20. Bilanzgewinn		<u>4.043.756,26</u>	<u>2.510.278,38</u>

Anhang für 2007

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und des Aktiengesetzes (AktG) unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung in Euro aufgestellt. Aus Sicht der Gesellschaft vermittelt der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die entgeltlich erworbenen **immateriellen Vermögensgegenstände** werden zu Anschaffungskosten aktiviert und planmäßig linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben.

Die Bewertung des **Sachanlagevermögens** erfolgt zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen. Geringwertige Wirtschaftsgüter im Sinne des § 6 Abs. 2 EStG werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Die **Anteile an verbundenen Unternehmen** werden zu Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Die an den Vorstandsvorsitzenden abgetretenen **Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen** werden zum Aktivwert bewertet und im Finanzanlagevermögen ausgewiesen.

Vorräte (unfertige Leistungen) sind zu Fertigungskosten zuzüglich eines zurechenbaren Verwaltungsgemeinkostenzuschlags bewertet.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** werden grundsätzlich mit dem Nennbetrag bewertet. Auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden Einzelwertberichtigungen vorgenommen.

Wertpapiere des Umlaufvermögens sind zum Anschaffungswert bzw. zum niedrigeren Marktwert aktiviert.

Liquide Mittel werden zum Nennwert bewertet.

Die **Rechnungsabgrenzungsposten** betreffen Ausgaben und Einnahmen vor dem Bilanzstichtag, die Aufwendungen und Erträge des kommenden Geschäftsjahres darstellen sowie das Disagio aus der Unterverzinslichkeit von Wandelschuldverschreibungen.

Das **gezeichnete Kapital** ist zum Nennbetrag angesetzt.

Die **Rückstellungen für Pensionen** werden in steuerlich zulässiger Höhe ausgewiesen. Den nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Teilwerten gemäß § 6a EStG liegt unter Verwendung der Richttafeln 2005 G ein Rechnungszinsfuß von 6% zugrunde.

Die **Steuerrückstellungen und sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten auf der Grundlage einer vorsichtigen kaufmännischen Beurteilung.

Die **Anzahlungen** werden mit ihrem Nennwert angesetzt. **Wandelschuldverschreibungen** und **sonstige Verbindlichkeiten** werden zum Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Die Bewertungsgrundsätze blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert.

2. Grundlagen der Währungsumrechnung

Die **Forderungen und Verbindlichkeiten** in fremder Währung sind mit dem Kurs am Bilanzstichtag bewertet. Soweit der Kurswert am Tage des Geschäftsvorfalles bei Forderungen niedriger bzw. bei Verbindlichkeiten höher lag, kommt dieser zur Anwendung.

II. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz

1. Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr wird im gesonderten Anlagegitter unter Punkt 0. dargestellt.

1.1. Immaterielle Vermögensgegenstände

Unter den Immateriellen Vermögensgegenständen wird entgeltlich erworbene Software ausgewiesen.

1.2. Sachanlagevermögen

Das Sachanlagevermögen betrifft im Wesentlichen Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Bewertung des Sachanlagevermögens erfolgt zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen. Die Abschreibungsdauer beträgt zwischen drei und fünf Jahren. Die geringwertigen Wirtschaftsgüter werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben. Mietereinbauten werden über die Dauer des Mietverhältnisses oder, falls diese kürzer ist, über die geschätzte Nutzungsdauer abgeschrieben.

2. Umlaufvermögen

2.1. Vorräte

Die Vorräte beinhalten unfertige Leistungen aus Fertigungsaufträgen, welche Festpreise für die zu erbringenden Leistungen vorsehen, nach Werkvertragsrecht ausgestaltet sind oder in der Erwartung des Kunden Werkvertragscharakter haben. Hierbei wird der direkt zurechenbare Aufwand mit den darauf entfallenden Fertigungsgemeinkosten aktiviert. Sie belaufen sich zum 31.12.2007 auf EUR 105.606,67 (Vorjahr: EUR 248.680,03).

2.2. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betreffen Lieferungs- und Leistungsforderungen in Höhe von EUR 668.358,55 (Vorjahr: EUR 336.702,01) sowie Darlehensverträge mit Tochterunternehmen in Höhe von EUR 90.000,00 (Vorjahr: EUR 440.000,00). In den sonstigen Vermögensgegenständen sind im Wesentlichen Zinsforderungen enthalten.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben wie im Vorjahr Restlaufzeiten von unter einem Jahr.

2.3. Eigene Anteile

Der Bestand an eigenen Anteilen aus Käufen in Vorjahren und Übertragungen im Rahmen des Wandelschuldverschreibungsprogramms beträgt zum 31.12.2006 76.054 Aktien, welche einen Anteil von 1,9% des Grundkapitals darstellten. Ihr Wertansatz betrug EUR 752.646,20. Im Geschäftsjahr 2007 wurden 44.173 Aktien zur Befriedigung des Wandelschuldverschreibungsprogramms zu Ausübungspreisen von durchschnittlich EUR 4,01 abgegeben, das entspricht einem Anteil am Grundkapital von 1,1%, bzw. EUR 44.173. Zum 31.12.2007 verfügt die Gesellschaft somit über 31.881 Aktien, das entspricht einem Anteil am Grundkapital von 0,8%, bzw. 31.881 EUR. Auf diese war eine Abschreibung in Höhe von EUR 35.579,50 vorzunehmen. Der Wertansatz der eigenen Anteile beträgt EUR 264.293,49, ihr Anteil am Grundkapital beträgt 0,8%.

2.4. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten

Diese Position umfasst im Wesentlichen Festgelder und Guthaben bei Kreditinstituten.

2.5. Disagio

Das Disagio aus der Unterverzinslichkeit von Wandelschuldverschreibungen in Höhe von EUR 2.578,50 (Vorjahr: EUR 4.252,50) wird unter den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen.

3. Eigenkapital

3.1. Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital in Höhe von EUR 4.025.667,00 war zum 31.12.2007 vollständig eingezahlt und steht der Gesellschaft uneingeschränkt zur Verfügung. Es ist in 4.025.667 Stückaktien eingeteilt. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme.

3.2. Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage hat sich im Geschäftsjahr 2007 nicht verändert. Sie beläuft sich weiterhin auf EUR 1.853.139,20.

Davon entfallen EUR 1.784.950,45 auf die Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB (gebundene Kapitalrücklage) sowie EUR 68.188,75 auf die Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 2 HGB aus der Unterverzinslichkeit von Wandelschuldverschreibungen.

3.3. Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen betreffen ausschließlich die Rücklagen für eigene Anteile und entwickelten sich im Geschäftsjahr wie folgt:

	EUR
Stand 01.01.2007	752.646,20
Entnahme aus der Gewinnrücklage	-488.352,71
Stand 31.12.2007	<u>264.293,49</u>

Die Entnahme aus der Gewinnrücklage erfolgt bei Veräußerung oder Abschreibung von eigenen Anteilen. Einstellungen erfolgen bei Kauf von oder Zuschreibungen zu eigenen Anteilen.

3.4. Bilanzgewinn

Der Bilanzgewinn entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

	EUR
Bilanzgewinn zum 01.01.2007	2.510.278,38
Ausschüttung Dividende	-950.347,70
Entnahme aus der Gewinnrücklage	488.352,71
Jahresüberschuss	1.995.472,87
Bilanzgewinn 31.12.2007	<u>4.043.756,26</u>

Der Jahresüberschuss zum 31.12.2007 beträgt EUR 1.995.472,87 (Vorjahr: EUR 1.141.086,87). Unter Berücksichtigung der Auszahlung für die Dividende in Höhe von EUR 0,24 je umlaufende Aktie, insgesamt EUR 950.347,70, und der Entnahme aus der Rücklage für eigene Anteile in Höhe von EUR 488.352,71 ergibt sich ein Bilanzgewinn von EUR 4.043.756,26.

3.5. Genehmigtes Kapital

Der Vorstand ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22.04.2004, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München am 11.06.2004, ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 22.04.2009 (einschließlich) durch Ausgabe von 2.012.833 Stück neuer auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen einmal oder mehrmals, insgesamt um EUR 2.012.833 zu erhöhen, wobei das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen werden kann (genehmigtes Kapital 2004/I).

3.6. Bedingtes Kapital

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 16.02.2000, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München am 10.03.2000, ist das Grundkapital um EUR 280.000 bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2000/I).

Das Grundkapital der Gesellschaft ist durch Beschlüsse der Hauptversammlungen vom 22.05.2002, vom 30.04.2003 sowie vom 22.04.2004 zur Bedienung von Wandlungsrechten von Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft, der Geschäftsführung verbundener Unternehmen und sonstiger Leistungsträger um EUR 360.000 (Bedingtes Kapital 2002/I) sowie zur Bedienung von Wandlungsrechten von Mitgliedern des Aufsichtsrats um EUR 50.000 (Bedingtes Kapital 2002/II) bedingt erhöht.

Schließlich wurde das Grundkapital der Gesellschaft durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22.04.2004, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München am 11.06.2004, zur Bedienung von Wandlungsrechten von Mitgliedern des Aufsichtsrats um EUR 50.000 bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2004/I).

4. Rückstellungen

4.1. Rückstellungen für Pensionen

Die Pensionsrückstellungen sind unter Anwendung eines Rechnungszinssatzes von 6% nach den „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck berechnet.

4.2. Sonstige Rückstellungen

Die Sonstigen Rückstellungen setzen sich aus folgenden Beträgen zusammen:

EUR	31.12.2006	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	31.12.2007
Variable Vergütungen	1.454.894,94	1.266.050,40	0,00	1.806.548,92	1.995.393,46
Sonstige Personalverpflichtungen	158.333,29	0,00	0,00	176.533,32	334.866,61
Erwartete Rechnungen	332.012,86	215.532,82	92.031,24	320.583,50	345.032,30
Urlaubsverpflichtungen	96.229,37	96.229,37	0,00	141.911,53	141.911,53
Mietverpflichtungen	69.000,00	0,00	0,00	0,00	69.000,00
Berufsgenossenschaft	40.000,20	30.153,03	9.847,17	40.000,20	40.000,20
Gewährleistungen	100.000,00	100.000,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige	40.798,98	33.446,73	4.262,25	74.637,71	77.727,71
Gesamt	2.291.269,64	1.741.412,35	106.140,66	2.560.215,18	3.003.931,82

5. Verbindlichkeiten

Die der Gesellschaft aus der Ausgabe von 38.500 Stück Wandelschuldverschreibungen zu je EUR 1,00 zugeflossenen Mittel werden als Anleihen ausgewiesen; zum 31.12.2007 sind alle Wandelschuldverschreibungen ausübbar. Die Verbindlichkeit hat eine Restlaufzeit zwischen 2,7 und 3,9 Jahren. Eine Teilwandelschuldverschreibung im Gegenwert von EUR 1,00 berechtigt zum Bezug von je einer Aktie.

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen Lieferungs- und Leistungsverpflichtungen.

Die Verbindlichkeiten haben zum 31.12.2007 folgende Restlaufzeiten:

EUR		Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit 1 bis 5 Jahre	Restlaufzeit über 5 Jahre	Gesamt
Anleihen	31.12.2006	6.673,00	79.000,00	0,00	85.673,00
	31.12.2007	0,00	38.500,00	0,00	38.500,00
Erhaltene Anzahlungen	31.12.2006	795.940,20	0,00	0,00	795.940,20
	31.12.2007	324.872,33	0,00	0,00	324.872,33
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	31.12.2006	507.960,84	0,00	0,00	507.960,84
	31.12.2007	373.381,96	0,00	0,00	373.381,96
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	31.12.2006	310.975,87	0,00	0,00	310.975,87
	31.12.2007	331.659,61	0,00	0,00	331.659,61
Sonstige	31.12.2006	294.042,42	0,00	0,00	294.042,42
	31.12.2007	261.830,22	0,00	0,00	261.830,22
Gesamt	31.12.2006	1.915.591,93	79.000,00	0,00	1.994.591,93
	31.12.2007	1.291.744,12	38.500,00	0,00	1.330.244,12

Die erhaltenen Anzahlungen in Höhe von EUR 324.872,33 (Vorjahr: EUR 795.940,20) enthalten Vorauszahlungen auf langfristige Fertigungsaufträge.

III. Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse gliedern sich wie folgt:

EUR	2007	2006
Softwarelizenzen	5.022.340,92	3.451.021,72
Softwarewartung	7.983.287,04	7.227.581,24
Dienstleistungen	5.449.242,32	4.423.137,97
Hardware	1.946.488,79	2.284.276,90
Sonstige	572.050,65	634.314,39
Durch Tochterunternehmen vermittelte Umsätze	3.898.637,21	3.233.657,10
Gesamt	<u>24.872.046,93</u>	<u>21.253.989,32</u>

EUR	2007	2006
Deutschland	22.726.844,97	19.441.281,89
Österreich	1.692.175,10	1.352.040,69
Schweiz	387.501,79	382.833,68
Sonstiges Ausland	65.525,07	77.833,06
Gesamt	<u>24.872.046,93</u>	<u>21.253.989,32</u>

2. Sonstige betriebliche Erträge

Die Sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von EUR 698.953,95 (Vorjahr: EUR 1.171.110,46) enthalten Erträge aus Rückdeckungsversicherungen in Höhe von EUR 140.098,31 (Vorjahr: EUR 137.649,82), Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen auf Forderungen in Höhe von EUR 46.541,90 (Vorjahr: EUR 76.290,45) sowie Erträge aus Kfz-Eigenanteilen in Höhe von EUR 269.694,04 (Vorjahr: EUR 275.250,21).

Darüber hinaus weist die Gesellschaft Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von EUR 106.140,66 (Vorjahr: EUR 333.753,98) unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen aus.

Im Vorjahr waren zudem Erträge aus der Veräußerung des Softwareproduktes AENEIS in Höhe von EUR 435.000,00 enthalten.

3. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Unter den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Wesentlichen Aufwendungen für Kostenerstattungen und Provisionen, Kfz- und Reisekosten, Messe- und Werbekosten sowie Aufwendungen für Mieten ausgewiesen.

4. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge in Höhe von EUR 464.442,32 (Vorjahr: EUR 546.804,44) enthalten in 2007 ausschließlich Zinserträge des laufenden Jahres, während im Vorjahr zudem EUR 35.866,39 für periodenfremde Zinsen auf Steuerrückerstattungen enthalten waren.

5. Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag in Höhe von EUR 1.625.971,31 (Vorjahr: EUR 968.238,95) beziehen sich vollständig auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Im Vorjahr entfielen EUR 899.517,28 auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und EUR 68.721,67 auf außerordentliche Erträge.

IV. Sonstige Angaben

1. Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Gesellschaft bürgt in Höhe von EUR 50.000 für Verbindlichkeiten der Tochtergesellschaft ATOSS Software Gesellschaft m.b.H., Wien, Österreich, gegenüber der Creditanstalt, Wien, Österreich.

Des Weiteren bestehen Mietbürgschaften für Mieträume der Niederlassung sowie für Tochtergesellschaften in Höhe von EUR 130.665,20.

Es besteht ein Mietvertrag über Büroflächen im Gebäude „Am Moosfeld 3“ in München. Aus dem Vertrag ergibt sich eine jährliche Belastung in Höhe von EUR 299.303,64. Der Mietvertrag ist jährlich mit einer Frist von sechs Monaten zum 30.06. kündbar.

Für Niederlassungen bestehen folgende Verträge:

Frankfurt: Das Mietverhältnis endet zum 30.06.2012 sofern es mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt wird. Die jährliche Belastung beträgt EUR 46.568,16.

Hamburg: Das Mietverhältnis endet am 30.09.2008 sofern es mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt wird, die Belastung beträgt in 2008 unter dieser Bedingung EUR 36.789,75.

Stuttgart: Das Mietverhältnis unterliegt der gesetzlichen Kündigungsfrist, die Belastung im Geschäftsjahr 2008 beträgt EUR 20.106,24.

Meerbusch: Das Mietverhältnis ist mit einer Frist von sechs Monaten zum Quartalsende kündbar, die jährliche Belastung beträgt EUR 228.803,52.

Es bestehen Mietverhältnisse für diverse Büro- und Geschäftsausstattung mit flexiblen Kündigungsmöglichkeiten, welche in 2007 zu einer Belastung von EUR 26.532,75 (Vorjahr: EUR 24.945,26) führten. Für 2008 ergibt sich eine Belastung in Höhe von EUR 40.493,76.

Es bestehen Verpflichtungen aus Full-Service-Leasingverträgen für Fahrzeuge und Server. Die Verträge haben Restlaufzeiten von bis zu 48 Monaten und führen in 2008 zu einer jährlichen Belastung in Höhe von EUR 274.717,24, nach EUR 303.224,82 in 2007. Bis zum Ende der Vertragslaufzeiten ergibt sich zum 31.12.2007 eine Gesamtbelastung von EUR 554.727,55. Die Übernahme von Fahrzeugen oder Servern am Ende der Vertragslaufzeit ist nicht vorgesehen.

Der Gesamtbetrag sämtlicher finanzieller Verpflichtungen beläuft sich zum 31.12.2007 für den Zeitraum 2008 bis 2011 auf EUR 1.358.871,35.

2. Arbeitnehmer

Im Jahresdurchschnitt waren 149 Mitarbeiter (Vorjahr: 134) beschäftigt.

3. Aufsichtsrat

Mitglieder des Aufsichtsrats sind:

Peter Kirn, Vorsitzender, Unternehmensberater, Böblingen
Bernhard Dorn, stv. Vorsitzender, Unternehmerberater, Leonberg
Rolf Baron Vielhauer von Hohenhau, Präsident des bayerischen Steuerzahlerbundes, München

Die Mitglieder des Aufsichtsrates nehmen zum 31.12.2007 weitere Aufsichtsratsmandate bei folgenden Unternehmen wahr:

Peter Kirn	businessMart AG, Stuttgart UNILOG Integrata Training AG, Stuttgart
------------	---

Bernhard Dorn	AXA Service AG, Köln Inverto AG, Köln United Internet AG, Montabaur 1&1 Internet AG, Montabaur
---------------	---

Rolf Baron Vielhauer von Hohenhau	ce Consumer Electronic AG, München
-----------------------------------	------------------------------------

Zum 31.03.2007 legte Herr Dorn sein Mandat der TDS AG, Neckarsulm, nieder, zum 30.09.2007 endete das Mandat von Herrn Kirn bei der NIIT Technologies AG, Mohnheim, durch Umwandlung in eine GmbH. Im Geschäftsjahr 2007 hat Baron von Hohenhau sein Mandat bei der Pro Cura Buchprüfungs AG, Augsburg, niedergelegt.

4. Vorstand

Andreas F.J. Obereder, Unternehmer, Grünwald (Vorsitzender)
Christof Leiber, Jurist, München

5. Angaben zu den Bezügen von Vorstand und Aufsichtsrat

Die Vergütung des Vorstands setzt sich folgendermaßen zusammen:

Andreas F.J. Obereder	2007	2006
Erfolgsunabhängige Vergütung		
Gehalt	290.000,00	290.000,00
Sonstiges	95.775,40	93.642,34
Erfolgsbezogene Vergütung		
Tantieme	114.325,75	139.650,00
Gesamt	500.101,15	523.292,34

Christof Leiber	2007	2006
Erfolgsunabhängige Vergütung		
Gehalt	141.249,99	115.000,00
Sonstiges	37.545,78	21.064,90
Erfolgsbezogene Vergütung		
Tantieme	116.367,28	89.745,00
Gesamt	295.163,05	225.809,90

Die Sonstigen Bezüge beinhalten durch die Gesellschaft gezahlte Versicherungsprämien und geldwerte Vorteile sonstiger Nebenleistungen wie die Überlassung von Dienstwagen.

Zum 31.12.2007 bestehen Verbindlichkeiten gegenüber Vorstandsmitgliedern in Höhe von EUR 160.068,11 (Vorjahr: EUR 167.375,08) für noch nicht ausbezahlte variable Vergütung.

Die Bezüge des Aufsichtsrats setzen sich folgendermaßen zusammen:

Peter Kirn	2007	2006
Erfolgsunabhängige Vergütung		
Satzungsmäßige Vergütung	20.000,00	20.000,00
Sitzungsgelder	7.500,00	7.500,00
Gesamt	27.500,00	27.500,00

Bernhard Dorn	2007	2006
Erfolgsunabhängige Vergütung		
Satzungsmäßige Vergütung	20.000,00	20.000,00
Sitzungsgelder	7.500,00	7.500,00
Gesamt	27.500,00	27.500,00

Rolf Baron Vielhauer von Hohenhau	2007	2006
Erfolgsunabhängige Vergütung		
Satzungsmäßige Vergütung	10.000,00	10.000,00
Sitzungsgelder	3.750,00	3.750,00
Gesamt	13.750,00	13.750,00

6. Aktien- und Wandelschuldverschreibungsbestände der Organmitglieder

Zum jeweiligen Bilanzstichtag halten die Organmitglieder folgende Aktienbestände in ATOSS-Aktien:

Aktien	31.12.2007	31.12.2006
Andreas F.J. Obereder	1.981.184	1.981.184
Peter Kirn	29.760	23.760
Bernhard Dorn	25.000	19.000
Rolf Baron Vielhauer von Hohenhau	5.675	0
	<u>2.041.619</u>	<u>2.023.944</u>

Zum jeweiligen Bilanzstichtag halten die Organmitglieder durch Zeichnung von Wandelschuldverschreibungen Optionen auf ATOSS-Aktien:

Wandelschuldverschreibungen	31.12.2007	31.12.2006
Christof Leiber	5.000	10.000
Peter Kirn	0	6.000
Bernhard Dorn	0	6.000
Rolf Baron Vielhauer von Hohenhau	0	12.000
	<u>5.000</u>	<u>34.000</u>

Diese 5.000 Wandelschuldverschreibungen sind zum Ausübungspreis von EUR 6,18 ausübbar und haben zum 31.12.2007 eine Restlaufzeit von 3,5 Jahren.

7. Angaben zum Anteilsbesitz

An den nachfolgend aufgeführten Unternehmen besteht ein Anteilsbesitz von mindestens 20% der Geschäftsanteile:

Gesellschaft	Anteil am gezeichneten Kapital in %	Eigenkapital in EUR zum 31.12.2007	Ergebnis in EUR in 2007
ATOSS Software Gesellschaft m.b.H, Wien	100%	249.616,34	294.477,95
ATOSS Software AG, Zürich	100%	236.581,75	112.367,32
ATOSS CSD Software GmbH, Cham	100%	527.431,66	112.486,45
ATOSS Software S.R.L., Timisoara	100%	45.708,11	21.260,36

8. Honorare von Abschlussprüfern und Steuerberatern

Für Abschlussprüfung, Beratungs- und Bewertungsleistungen fielen folgende Honorare an die Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Stuttgart, Zweigniederlassung München, oder mit ihr verbundene Unternehmen an:

EUR	2007	2006
Abschlussprüfung	53.500,00	53.500,00
davon Einzelabschluss EUR 26.750,00 (Vorjahr EUR 26.750,00)		
davon Konzernabschluss EUR 26.750,00 (Vorjahr EUR 26.750,00)		
Sonstige Beratungs- und Bewertungsleistungen	6.000,00	18.910,00
	<u>59.500,00</u>	<u>72.410,00</u>

Der Gesellschaft ist am 16.04.2007 eine Unabhängigkeitserklärung der Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft zugegangen.

9. Mitteilungspflichtige Beteiligungen

Im Geschäftsjahr 2007 wurden der Gesellschaft keine nach §§ 21 ff. WpHG mitteilungspflichtigen Beteiligungen gemeldet.

10. Deutscher Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat der ATOSS Software AG nahmen am 03.12.2007 zum Deutschen Corporate Governance-Kodex Stellung. Der vollständige Wortlaut der Erklärung nach § 161 AktG befindet sich im Internet unter http://www.atoss.com/NR/rdonlyres/5FDBC4A-B579-4595-B9E1-3F9A4AEF12A7/0/ATOSS_Ent-sprechenserklaerung_2007.pdf. Der Vorstand und der Aufsichtsrat geben jährlich eine Erklärung zur Einhaltung des Deutschen Corporate Governance-Kodex und der darin enthaltenen Empfehlungen ab und berichten darüber im Geschäftsbericht.

11. Vorschlag für Ergebnisverwendung

Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn aus dem abgelaufenen Geschäftsjahr 2007 in Höhe von EUR 4.043.756,26 zur Ausschüttung einer Dividende von EUR 0,31 je dividendenberechtigter Stückaktie zu verwenden und den verbleibenden Teil des Bilanzgewinns auf neue Rechnung vorzutragen. Bei Annahme dieses Ausschüttungsvorschlags durch die Hauptversammlung entfällt auf das zum 31.12.2007 dividendenberechtigte Grundkapital von EUR 3.993.786 eine Dividendensumme von EUR 1.238.073,66 und ein Gewinnvortrag von EUR 2.805.682,60. Der Gewinnverwendungsvorschlag kann sich durch den Erwerb oder die Veräußerung eigener Aktien bis zum Zeitpunkt der Hauptversammlung noch ändern.

München, 29.01.2008

Der Vorstand



Andreas F.J. Obereder



Christof Leiber

V. Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2007

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Aufgelaufene Abschreibungen				Nettobuchwerte	
	Zugänge		Abgänge		Zugänge		Abgänge		31.12.2007	31.12.2006
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände										
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.473.287,50	165.131,95	0,00	1.638.419,45	1.350.798,50	138.996,95	0,00	1.489.795,45	148.624,00	122.489,00
	1.473.287,50	165.131,95	0,00	1.638.419,45	1.350.798,50	138.996,95	0,00	1.489.795,45	148.624,00	122.489,00
II. Sachanlagen										
1. Technische Anlagen und Maschinen	384.026,44	11.343,12	0,00	395.369,56	325.303,44	21.320,12	0,00	346.623,56	48.746,00	58.723,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.179.374,23	469.038,28	454.636,15	3.193.776,36	2.901.110,17	286.484,74	437.804,27	2.749.790,64	443.985,72	278.264,06
	3.563.400,67	480.381,40	454.636,15	3.589.145,92	3.226.413,61	307.804,86	437.804,27	3.096.414,20	492.731,72	336.987,06
III. Finanzanlagen										
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	126.368,68	0,00	0,00	126.368,68	0,00	0,00	0,00	0,00	126.368,68	126.368,68
2. Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen	427.656,32	140.098,31	0,00	567.754,63	0,00	0,00	0,00	0,00	567.754,63	427.656,32
	554.025,00	140.098,31	0,00	694.123,31	0,00	0,00	0,00	0,00	694.123,31	554.025,00
Anlagevermögen, gesamt	5.590.713,17	785.611,66	454.636,15	5.921.688,88	4.577.212,11	446.801,81	437.804,27	4.586.209,65	1.335.479,03	1.013.501,06

Lagebericht für 2007

1. Geschäft und Rahmenbedingungen
2. Ertragslage
3. Finanz- und Vermögenslage
4. Nachtragsbericht
5. Risikobericht
6. Ausschüttung
7. Prognosebericht: Künftige Wirtschafts- und Branchensituation, künftige Unternehmenssituation

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Situation

Während die Immobilienkrise der USA das weltweite Finanzsystem belastet und damit für Engpässe bei der Kreditvergabe gesorgt hat, zeigt sich das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, weiterhin zuversichtlich und prognostiziert nach einem Wachstum der Wirtschaftsleistung von 2,4 Prozent in 2007 für 2008 ein zwar abgeschwächtes, aber anhaltendes Wachstum. Dieses wurde zuletzt Ende Januar von der Bundesregierung auf 1,7 Prozent für das laufende Jahr 2008 korrigiert.

Nach Ansicht des DIW sorgt die Technologieführerschaft deutscher Unternehmen weiterhin dafür, dass sich die Auswirkungen der Kreditkrise, des schwachen Dollars oder des hohen Ölpreises unwesentlich auf das Wirtschaftswachstum bemerkbar machen. Damit bleibt die Nachfrage insbesondere bei exportorientierten Unternehmen weiterhin stabil.

Branchensituation und Marktumfeld

Der IT-Branche bescheinigt das DIW ein stabiler Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft zu sein: Mit einem Beschäftigungszuwachs von 30 Prozent in den Jahren von 1998 bis 2006 wächst die IT-Branche weiterhin überdurchschnittlich stark. Der Anteil an der Gesamtwirtschaft stieg in diesem Zeitraum von 2,0 auf 2,6 Prozent an. Dabei konnte die Region München ihre führende Stellung in der IT-Wirtschaft vor Hamburg und Berlin behaupten.

Einer Umfrage des Branchenverbandes BITKOM entsprechend, hat sich die Situation in der IT-Branche insbesondere in 2007 deutlich verbessert: die Mehrheit der Unternehmen stellt zusätzliche Mitarbeiter ein, insbesondere Softwarehäuser und IT-Dienstleister suchen derzeit intensiv nach Mitarbeitern. Der Mangel an Fachkräften behindert andererseits auch die überwiegende Zahl der IT-Unternehmen am weiteren Wachstum.

Für das Jahr 2008 rechnen die meisten der aktuell vom BITKOM befragten Unternehmen mit weiter steigenden Umsätzen, die Aussichten sind nach Ansicht des BITKOM-Präsidenten, Prof. August-Wilhelm Scheer, gut; die Nachfrage von Wirtschaft, Staat und Privatkunden nach modernen Informations- und Kommunikationssystemen wird auch im kommenden Jahr kontinuierlich wachsen. Dabei werden Computer, Software und IT-Dienstleistungen am stärksten nachgefragt.

Der von ATOSS adressierte Markt teilt sich in den zahlenmäßig umfangreichen Markt der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU-Markt) mit bis zu 500 Mitarbeitern sowie in den Premium-Markt, der größere Mittelstandsunternehmen und Großkunden umfasst. Dabei zeigt sich, dass sich insbesondere bei geringen Anforderungen an Personaleinsatzplanungssysteme der Wettbewerbsdruck erhöht. Demgegenüber stellen bei komplexen Lösungen, welche eine hohe Integration von Arbeitszeitmanagement (AZM) und Personaleinsatzplanung (PEP) erfordern, die Technologieführerschaft, die hohe Beratungskompetenz und die langjährig verlässliche Unternehmensführung von ATOSS überzeugende Alleinstellungsmerkmale und Entscheidungskriterien dar.

Dies spiegelt sich bei ATOSS sowohl in den sehr erfolgreichen Umsatz- als auch Ergebniszahlen des abgelaufenen Jahres wider: In 2007 konnten mit Mio. EUR 24,9 (Vorjahr: Mio. EUR 21,3) der höchste Umsatz und mit Mio. EUR 3,6 (Vorjahr: Mio. EUR 1,9) bereits zum zweiten Mal in Folge das beste Ergebnis (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit) der Unternehmensgeschichte erreicht werden. Die hohen Auftragsbestände schaffen zudem Umsatz- und Planungssicherheit für die nähere Zukunft.

Positionierung der ATOSS Gruppe

ATOSS verfolgt seit Unternehmensgründung seine Vision, mit ihren Lösungen die Strukturen der modernen Arbeitswelt in einer Weise zu beeinflussen, so dass durch den Einsatz ihrer Lösungen im Ergebnis kreativeres, intelligenteres und humaneres Arbeiten ermöglicht wird.

Dabei löst ATOSS mit ihren Produkten und Dienstleistungen dort Kundenprobleme, wo es Schwierigkeiten bereitet, den optimalen Personalbedarf zu ermitteln, wo Arbeitszeitmodelle optimal zu gestalten sind, die Arbeitszeit sinnvoll verteilt werden muss, Zutritt sicher zu gewährleisten und das Personal effizient einzusetzen ist. Die Kunden der ATOSS Gruppe sind so in der Lage, durch einen wirtschaftlich sinnvollen, mitarbeiter- und kundenorientierten Personaleinsatz ihre Leistungsfähigkeit zu verbessern.

ATOSS ist mit den Kernthemen Arbeitszeitmanagement und Personaleinsatzplanung als Spezialist („Best of Breed“) mit einem sehr tiefen Angebot integrierter Lösungen positioniert, welche höchste funktionale und technologische Anforderungen erfüllen. Über Schnittstellen zu den Lösungen komplementärer Anbieter können Kunden jeder Branche und Unternehmensgröße sinnvoll adressiert werden. ATOSS ist dabei in allen Kundensegmenten sehr erfolgreich. Daneben verfügt die Gesellschaft über höchste Beratungskompetenz bei einer überzeugenden Lösungstiefe und kann somit ihren Kunden Effizienzsteigerungen und weitere Produktivitätsimpulse gewährleisten. Schließlich bietet ATOSS für seine Lösungen Investitionssicherheit als langfristig engagierter und finanziell unabhängiger Partner.

Eigene Beobachtungen und Vertriebs Erfolge sowie etliche Studien zur Arbeitsproduktivität zeigen, dass das Marktumfeld Lösungen benötigt, die bei höchsten Komplexitätsanforderungen Steigerungen in der Produktivität ermöglichen:

Der richtige Mitarbeiter

In einem durchgängigen Lösungsportfolio zeigen die ATOSS Lösungen die Qualifikationen des verfügbaren Personals auf, eine schnelle Disposition ist damit möglich. Kurzfristige und auch saisonale Engpässe können so über den Zugriff auf eine Vielzahl von Arbeitnehmern abgedeckt werden.

Zur richtigen Zeit

Fast in allen Branchen schwankt die Auslastung, während das Personal nicht zu jeder Zeit entsprechend dieser Schwankungen beschäftigt werden kann. Unter Berücksichtigung der betrieblichen, tariflichen und gesetzlichen Regelungen sowie Einflussfaktoren wie Urlaub, Krankheit, Teilzeit, etc. optimiert ATOSS über ihre Lösungen den Personaleinsatz, um Auftragspitzen und Leerzeiten abzudecken.

Am richtigen Ort

Flexibler Einsatz von Personal an unterschiedlichen Standorten ermöglicht in dezentral organisierten Unternehmen und Filialbetrieben eine effizientere Auslastung und damit ein höheres Produktivitätsniveau.

Auf dem richtigen Auftrag

Die Integration von Personalplanung und Produktionsplanung erfolgt heute nur in wenigen Fällen. Dennoch lassen sich gerade hier über einen sinnvollen Datenaustausch Planungssicherheit erzeugen und Produktionsprozesse beschleunigen.

Zu den richtigen Kosten

Betriebliche Arbeitszeitmodelle eröffnen heute oftmals flexible Möglichkeiten, Mitarbeiter einzusetzen, als dies bei starren Arbeitszeiten möglich ist. Doch erst die Bewertung der geleisteten Arbeitszeit mit Zuschlägen und Nebenkosten ermöglicht den Einsatz zu kostenoptimierten Bedingungen.

Die Möglichkeiten etlicher ATOSS Kunden wurden durch den Einsatz unserer Lösungen signifikant verbessert, wie durch eigene Untersuchungen gezeigt werden konnte. ATOSS bietet Kunden aller Größen individuelle und passende Konzepte und funktionale Kompetenz auf der Basis modernster Technologien.

Bei der Entscheidung für eine langfristige Partnerschaft steht insbesondere bei Großkunden die solide finanzielle Basis und Unabhängigkeit des Unternehmens zunehmend im Fokus. Für eine Investitionsentscheidung ist hierbei die solide Eigenkapitalquote von 60 Prozent (Vorjahr: 58 Prozent), und die weiterhin hohen Aufwendungen für die technologische Weiterentwicklung maßgeblich.

Die Strategie der Gesellschaft zielt weiterhin darauf ab, das Wachstum im Inland zu festigen. Dies ist im abgelaufenen Geschäftsjahr ein weiteres Mal gelungen. Die Gesellschaft plant für das Ausland, ihren international agierenden Kunden an deren Auslandsstandorte zu folgen.

Unternehmensentwicklung

Die Gesellschaft misst den Erfolg ihrer Aktivitäten im Wesentlichen an den Kennzahlen Umsatz und Betriebsergebnis (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit). Eine zentrale Bedeutung kommt hierbei der Entwicklung der Softwarelizenzenerlöse zu, da sie den Motor für das Geschäftsmodell des Unternehmens darstellen. In diesem Zusammenhang ist auch der Auftragseingang für Softwarelizenzen ein essentieller Indikator für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft.

ATOSS erzielte im Geschäftsjahr 2007 einen Umsatz von Mio. EUR 24,9 (Vorjahr: Mio. EUR 21,3). Mit diesem Wachstum von 17 Prozent hat sich die erfreuliche Vorjahresentwicklung fortgesetzt, die unter anderem durch den technologischen Vorsprung der seit 2004 auf Java basierenden Software zurückzuführen ist. Die Vielzahl an Referenzen für die ATOSS Staff Efficiency Suite bildet so eine solide Basis und Entscheidungshilfe für weitere Geschäftserfolge. Im Geschäftsjahr 2007 konnten insbesondere Großkunden wie die Deutsche Bahn AG oder wesentliche Konzernunternehmen der Lufthansa auf die java-basierte Technologie umgestellt werden.

Umsatzentwicklung bei Softwarelizenzen und –wartung, Auftragslage Softwarelizenzen

Die Softwareumsätze konnten in 2007 mit Erlösen von Mio. EUR 13,0 (Vorjahr: Mio. EUR 10,6) um 23 Prozent gesteigert werden. Der Umsatzanteil für Software lag bei 52 Prozent (Vorjahr: 50 Prozent).

Dabei stiegen die Umsätze für Softwarewartung im Jahresverlauf um 10 Prozent auf insgesamt Mio. EUR 8,0 (Vorjahr: Mio. EUR 7,2) an.

Die Umsätze für Softwarelizenzen wuchsen bedingt durch Lizenzerweiterungen von Bestandskunden, die Realisierung von Großkundenaufträgen sowie durch weitere Neukundenaufträge von Mio. EUR 3,5 in 2006 um 46 Prozent auf Mio. EUR 5,0 an.

Sehr erfreulich entwickelten sich auch die Auftragseingänge für Softwarelizenzen: Lagen sie in 2006 noch bei Mio. EUR 4,6, stiegen sie in 2007 um 14 Prozent auf Mio. EUR 5,2 an.

Umsatzentwicklung bei Beratung

Die Beratungsumsätze lagen in 2007 mit Mio. EUR 5,4 um 23 Prozent über dem Vorjahr in Höhe von Mio. EUR 4,4. Sie hatten einen Anteil am Gesamtumsatz von 22 Prozent (Vorjahr: 21 Prozent). Die starke Nachfrage von Kunden und Interessenten sorgte für eine hohe Auslastung der Berater und Consultants.

Hardwareumsätze und sonstige Umsatzentwicklung

Die Erlöse aus Hardwareverkäufen waren in 2007 rückläufig. Mit Mio. EUR 1,9 lagen sie um 15 Prozent unter dem Vorjahr von Mio. EUR 2,3. Der Anteil am Gesamtumsatz betrug 8 Prozent (Vorjahr: 11 Prozent). Die sonstigen Umsätze, unter welchen insbesondere Ausweismedien und kundenspezifische Programmierleistungen verbucht werden, betragen wie im Vorjahr Mio. EUR 0,6.

Durch Tochterunternehmen vermittelte Umsätze

Die Tochterunternehmen vermitteln im Auftrag des Mutterunternehmens Umsätze für Software (Softwarelizenzen und Softwarewartung), Hardware und Dienstleistungen. Diese Umsätze liegen bei Mio. EUR 3,9 (Vorjahr: Mio. EUR 3,2) und haben einen Anteil am Gesamtumsatz in Höhe von 16 Prozent (Vorjahr: 15 Prozent).

Unternehmensstrategie und Chancen

Kern der Geschäftstätigkeit ist die kontinuierliche Gewinnung von Neukunden sowie der Ausbau der Bestandskundeninstallationen in den Themen Arbeitszeitmanagement und Personaleinsatzplanung. In beiden Bereichen sind in 2007 beachtliche Fortschritte erzielt worden. So konnte bei wesentlichen Bestandskunden die neueste Produktgeneration der Softwarelösungen der Gesellschaft platziert werden. Zudem konnten eine Vielzahl neuer Kunden und weiterer Großkundenaufträge gewonnen werden. Schließlich sind die im Vorjahr gewonnenen Großprojekte im Geschäftsjahr 2007 erfolgreich realisiert worden. Über diese Erfolge sehen wir uns weiterhin in unserer Strategie bestätigt, die sich auf diese Weise sehr erfreulich in Umsatz und Ergebnis niedergeschlagen hat.

Auch wenn wir im deutschsprachigen Raum weiterhin Wachstumsmöglichkeiten sehen, setzen wir unsere Produkte in zehn Ländern und acht Sprachen ein. Somit verfügen wir mittelfristig auch über Potenzial für internationales Wachstum, das besonders im Premium Markt deutliche Entwicklungsmöglichkeiten bietet.

Die erstklassige Positionierung der Gesellschaft ist geprägt durch namhafte Referenzkunden, richtungsweisende Technologien (Java J2EE), ein überzeugendes funktionales Angebot, eine hohen Kompetenz in der Umsetzung von Softwareprojekten und in der inhaltlichen Beratung sowie durch die Stabilität und Unabhängigkeit des Unternehmens.

Um diese Wettbewerbsvorteile dauerhaft auszubauen, wird der Mitteleinsatz für die Produktentwicklung und den Marktzugang und damit für weiteres Wachstum auf dem hohen Niveau fortgeführt.

Forschung und Entwicklung

Die Sicherheit, auch zukünftig komplexeste Anforderungen abbilden zu können, ist für ATOSS Kunden entscheidend. Gleichzeitig ist es erforderlich, technologisch leistungsfähige Lösungen einzusetzen, die auch in den Systemumgebungen der Zukunft einsetzbar sind und ihren wirtschaftlichen Nutzen damit langfristig entfalten. Aus diesem Grund werden wir auch weiterhin das hohe Engagement für die Entwicklung unserer Produkte fortführen.

So schaffen wir auf der Basis moderner Technologieplattformen Lösungen, die jegliche Kunden- und Branchenanforderungen rund um den intelligenten Personaleinsatz abbilden. Wir gewährleisten dabei eine vollständige Aufwärtskompatibilität für unproblematische Releasewechsel; der Einsatz der modernsten Lösungen ist so jederzeit möglich.

Weiterhin ist es unser Ziel, unsere Lösungen in unterschiedliche Systemumgebungen zu integrieren, wie es uns in der neuen, in Java entwickelten Version der ASES (ATOSS Staff Efficiency Suite) und ASE (ATOSS Startup Edition) bereits gelungen. Die kommenden Versionen werden Anbindungsmöglichkeiten an und in andere Applikationen mittels der sog. serviceorientierten Architektur (SOA) bieten und so weitere Nutzenpotenziale für unsere Kunden erschließen. Damit wird dann ein einfacherer Datenaustausch zwischen unterschiedlichsten Systemen realisiert werden können.

Unser vollständig Java-basiertes Lösungspaket für softwaregestütztes Arbeitszeitmanagement kann in unterschiedlichsten Branchen eingesetzt werden. Dabei sind die ATOSS Startup Edition und die ATOSS Time Control (ATC) durch sehr einfache Benutzerführung gekennzeichnet. Mit der ATOSS Startup Edition sprechen wir Kunden auf unterschiedlichen Systemumgebungen an, welche bei zukünftig komplexeren Anforderungen einfach auf die ATOSS Staff Efficiency Suite migrieren können. ATOSS Time Control hingegen ist auf Kunden aus der Microsoft-Welt fokussiert.

Die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung betragen im Jahr 2007 Mio. EUR 3,8 (Vorjahr: Mio. EUR 3,4). Hiervon entfiel mit Mio. EUR 2,9 (Vorjahr: Mio. EUR 2,4) der wesentliche Teil auf die Personalkosten der 39 (Vorjahr: 33) Softwareentwickler. Der Anteil der in 2007 höheren Aufwendungen für Forschung und Entwicklung am Gesamtumsatz liegt aufgrund der höheren Umsätze weiterhin bei 15 Prozent.

Wie in den Vorjahren werden die Aufwendungen für die Entwicklung der Softwareprodukte nicht aktiviert, sondern vollständig im Aufwand erfasst.

Tochterunternehmen, Auslandsgeschäft

Sämtliche Tochtergesellschaften haben sich im Geschäftsjahr 2007 weiterhin positiv entwickelt, alle Gesellschaften zeigen zum 31.12.2007 ein positives Ergebnis. Der Auslandsanteil des Konzernumsatzes lag in 2007 bei 9 Prozent, im Vorjahr betrug er 8 Prozent.

Organe, Mitarbeiter, Personalentwicklung

Im Jahr 2007 wurden zum Jahresende 151 Mitarbeiter beschäftigt (31.12.2006: 135). Davon wurden 39 (Vorjahr: 33) Personen in der Produktentwicklung, 50 (Vorjahr: 41) in der Beratung sowie 31 (Vorjahr: 35) in Vertrieb und Marketing beschäftigt. Der Personalaufwand beträgt in 2007 Mio. EUR 11,8 und liegt damit um 9 Prozent über dem Vorjahr von Mio. EUR 10,9.

Die Steuerung der Gesellschaft beruht maßgeblich auf einem breit ausgelegten Zielsystem. Mit nahezu jedem Mitarbeiter werden Unternehmensziele, Bereichsziele und individuelle Ziele vereinbart, die in Abhängigkeit der jeweiligen Verantwortungsstufe mit einem entsprechenden variablen Gehaltsbestandteil versehen sind. Die variablen Gehaltsbestandteile liegen zwischen 10 Prozent und 50 Prozent des vertraglich vereinbarten Zielgehalts. Dabei richten sich die Unternehmensziele nach den für das Geschäftsjahr relevanten Plandaten hinsichtlich des Umsatzes und des operativen Ergebnisses. Die Bereichsziele sind je nach Funktions- und Verantwortungsbereich einheitlich aufgestellte, quantitative Umsatz- oder Performance-Ziele, während individuelle Ziele die Leistungen jedes einzelnen Mitarbeiters bewerten.

Zum 31.12.2007 bestehen 7 Ausbildungsverhältnisse (Vorjahr: 6).

Dem Aufsichtsrat der Gesellschaft gehören in 2007 unverändert Peter Kirn als Vorsitzender, Bernhard Dorn als stellvertretender Vorsitzender und Rolf Baron Vielhauer von Hohenhau an. Auch der Vorstand ist weiterhin mit Andreas F.J. Obereder als Vorsitzendem und Christof Leiber als Finanzvorstand besetzt.

Corporate Governance

Seit den Aktivitäten im Rahmen des Börsengangs beschäftigt sich die ATOSS Software AG intensiv mit dem Thema Corporate Governance und den entsprechenden gesetzlichen Regelungen. Seit 2001 informiert die Gesellschaft regelmäßig über die diesbezüglichen Aktivitäten. Dafür setzen sich Gesellschaftsorgane insbesondere intensiv mit den Entwicklungen und Änderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex auseinander. Anders als die gesetzlichen Bestimmungen entfaltet der Kodex jedoch keine normative Bindungswirkung, sondern lässt auch Abweichungen von den Verhaltensempfehlungen zu.

Auch in 2007 haben sich Vorstand und Aufsichtsrat intensiv mit den neuen Anforderungen des Corporate Governance Kodex beschäftigt, diese mit den eigenen Grundsätzen abgeglichen und festgestellt, in welchen Punkten Abweichungen zu den Verhaltensempfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex vom 14.06.2007 bestehen.

Am 03.12.2007 verabschiedeten Vorstand und Aufsichtsrat eine neue Entsprechenserklärung nach § 161 AktG, in der bestätigt wird, dass den Verhaltensempfehlungen der von der Deutschen Bundesregierung eingesetzten Kommission zur Unternehmensleitung und -überwachung mit Ausnahme der in der Erklärung genannten Punkte entsprochen wird. Diese Erklärung ist auf der Homepage der Gesellschaft veröffentlicht. Im Ergebnis zeigte sich, dass die Gesellschaft den Empfehlungen in weiten Teilen nachkommt und nur in wenigen und aus Sicht des Unternehmens nur unwesentlichen Punkten nicht entsprochen wird.

Bei den Abweichungen handelt es sich um folgende drei Punkte:

Ein Selbstbehalt in den bereits bestehenden Versicherungsverträgen über eine D&O-Versicherung ist nicht enthalten. Die Gesellschaftsorgane vertreten die Auffassung, dass ihr Engagement und ihre Verantwortung, mit der sie ihre Aufgaben wahrnehmen, durch die Einbeziehung eines Selbstbehaltes nicht verbessert werden können und sehen deshalb eine solche Maßnahme nicht vor.

Entsprechend des Ermessenspielraumes der Empfehlungen der Kommission, aufgrund der spezifischen Gegebenheiten und insbesondere aufgrund der Größe der Gesellschaft sieht der Aufsichtsrat zudem von der Einrichtung gesonderter Ausschüsse, insbesondere eines Prüfungsausschusses, ab.

Der Deutsche Corporate Governance Kodex sieht weiterhin vor, bei der Gewährung von Aktienoptionen und vergleichbaren Programmen eine Anbindung an anspruchsvolle, relevante Vergleichsparameter und bei der Gewährung an Vorstandsmitglieder die Sicherstellung von Begrenzungsmöglichkeiten (Cap) einzubeziehen. Die bereits begebenen Wandelschuldverschreibungen zu Gunsten von Gesellschaftsorganen enthalten entsprechend den gesetzlichen Vorgaben für Wandelschuldverschreibungen keine besonderen Erfolgskriterien, die zur Geltendmachung der Wandelrechte erfüllt sein müssen und sehen keine Begrenzungsmöglichkeit (Cap) vor. Nach Einschätzung der Gesellschaft entfalten Wandelschuldverschreibungen aufgrund ihrer Kapitalbindung über ihre Laufzeit Bindungswirkungen, die nach Einschätzung der Gesellschaft ebenso bedeutungsvoll sind.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder richtet sich nach ihrem Beitrag zum Geschäftserfolg und nach branchenüblichen Standards. Sie enthält erfolgsunabhängige Vergütungsbestandteile, erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile sowie Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung, die von der Kursentwicklung der ATOSS Aktie abhängig sind. Die erfolgsunabhängige Vergütung wird monatlich als Gehalt ausbezahlt. Auf die erfolgsabhängige Vergütung wird monatlich ein Vorschuss von höchstens 50% der Zieltantieme für das jeweilige Geschäftsjahr geleistet.

Des Weiteren enthalten die Vorstandsverträge sonstige Vergütungsbestandteile in Form von durch die Gesellschaft gezahlten Versicherungsprämien und sonstigen Nebenleistungen wie die Überlassung von Dienstwagen.

Der Aufsichtsrat befasst sich zumindest einmal jährlich mit der Angemessenheit der Vergütung und setzt insbesondere die Erfolgsziele für die erfolgsbezogenen Vergütungsbestandteile jährlich im Voraus neu fest. Die Höhe der erfolgsabhängigen Vergütung (Tantieme) richtet sich hierbei nach dem Konzernumsatzziel und dem operativen Konzern-Ergebnisziel vor Effekten aus den Wandelschuldverschreibungsprogrammen.

Das Vergütungssystem der Gesellschaftsorgane wird zudem in einem separaten Corporate Governance Bericht im Rahmen des Geschäftsberichts veröffentlicht.

Sonstige Angaben

Das Kapital der Gesellschaft ist in 4.025.667 Inhaberstückaktien zum rechnerischen Nennwert von einem Euro eingeteilt, welche vollständig stimm- und dividendenberechtigt sind. Von diesen hält der Mehrheitsaktionär, Andreas F.J. Obereder mit 1.981.184 Aktien einen Anteil von 49,2 Prozent. Andere Aktionäre, welche meldepflichtige Beteiligungen von mehr als 10 Prozent der Stimmrechte halten, sind der Gesellschaft nicht bekannt.

Der Vorstand ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22.04.2004 ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 22.04.2009 durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlage um insgesamt EUR 2.012.833 zu erhöhen, wobei das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen werden kann.

Ferner ist der Vorstand durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26.04.2007 ermächtigt, bis zum 25.10.2008 eigene Aktien der Gesellschaft in Höhe von 10 Prozent des Grundkapitals unter Beachtung der gesetzlichen Beschränkungen zu erwerben.

Die Ernennung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands erfolgt nach § 84 und §85 AktG sowie nach § 6 der Satzung.

Satzungsänderungen folgen den Regelungen des § 133 und der §§ 179 ff. AktG.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, bestehen nicht. Ebenso wurden keine Entschädigungsvereinbarungen mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern für den Fall eines Übernahmeangebots getroffen.

Die ATOSS Software AG, München, verfügt neben den Tochterunternehmen ATOSS Software Ges. mbH, Wien, der ATOSS Software AG, Zürich, der ATOSS CSD Software GmbH, Cham, und der ATOSS Software SRL, Timisoara, über Betriebsstätten in Frankfurt, Hamburg, Meerbusch und Stuttgart.

2. Ertragslage

Die Ertragslage im Geschäftsjahr 2007 ist geprägt durch um 17 Prozent gestiegene Umsätze in allen Umsatzarten in Höhe von insgesamt Mio. EUR 24,9 (Vorjahr: Mio. EUR 21,3) sowie durch um 7 Prozent unterproportional gestiegene Kosten – ohne Berücksichtigung des Wareneinsatzes - in Höhe von Mio. EUR 20,0 (Vorjahr: Mio. EUR 18,6), welche im Wesentlichen durch zusätzliche Personalkosten im Rahmen der Besetzung neuer Stellen und sonstige betriebliche Aufwendungen entstanden sind. Damit konnte die Ertragskraft über die unterjährig angehobenen Prognosen hinaus gesteigert werden.

Die für die Ertragskraft der Gesellschaft wesentliche Kennzahl, das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit stieg von Mio. EUR 1,9 auf Mio. EUR 3,6. Damit lag die Umsatzrendite des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit bei 15 Prozent (Vorjahr: 9 Prozent).

Das Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2007 beträgt Mio. EUR 2,0 (Vorjahr: Mio. EUR 1,1).

Die Gesellschaft hat somit insbesondere durch die Gewinnung von weiteren Premium-Kunden unter Beibehaltung der hohen Aufwendungen für die Entwicklung funktional überlegener Produkte ihre Ertragskraft steigern und dadurch die Richtigkeit ihrer langfristig ausgelegten Unternehmensstrategie auch finanziell untermauern können.

3. Finanz- und Vermögenslage

Die Gesellschaft betrachtet das Eigenkapital als wesentliche Steuerungsgröße zur Abdeckung konjunktureller, branchen- und unternehmensspezifischer Risiken. Die Finanzstrategie der Gesellschaft zielt darauf ab, ein diesen Risiken angemessenes Eigenkapital vorzuhalten. Damit soll den Aktionären eine angemessene Eigenkapitalrendite sowie den Kunden und Lieferanten über langfristige Partnerschaften Investitionssicherheit für ihre Software-Entscheidungen gewährleistet werden.

Hierbei war die ATOSS Gruppe im Geschäftsjahr 2007 sehr erfolgreich:

Die durch die Ausschüttung in Höhe von Mio. EUR 1,0 reduzierte Liquidität (Finanzmittelfonds) wurde durch die laufende Geschäftstätigkeit gestärkt. Die Fähigkeit der Gesellschaft, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen ist damit unverändert auf hohem Niveau gewährleistet.

Die Bilanzsumme beträgt zum 31.12.2007 Mio. EUR 16,9 nach Mio. EUR 15,8 im Vorjahr. Gestützt durch die positive Geschäftsentwicklung erhöhten sich die Zahlungsmittel von Mio. EUR 9,7 auf Mio. EUR 12,1. Der Anteil der Liquidität am Gesamtvermögen beträgt jetzt 72 Prozent nach 62 Prozent im Vorjahr.

Trotz gesteigener Umsätze konnte der Forderungsbestand von Mio. EUR 2,8 auf Mio. EUR 2,0 gesenkt werden. Hierfür sind erfolgreich umgesetzte Kundenprojekte sowie weitere Verbesserungen im Debitorenmanagement maßgeblich.

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt aus laufend erwirtschafteten Zahlungsmitteln. Die Verbindlichkeiten beruhen auf Lieferungen und Leistungen in Höhe von Mio. EUR 0,4 (Vorjahr: Mio. EUR 0,5) und Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von Mio. EUR 0,3 (Vorjahr: Mio. EUR 0,3), erhaltenen Anzahlungen in Höhe von Mio. EUR 0,3 (Vorjahr: Mio. EUR 0,8) sowie sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von Mio. EUR 0,3 (Vorjahr: Mio. EUR 0,3). Ferner werden unter den Verbindlichkeiten auch die Wandelschuldverschreibungen ausgewiesen. Von den zum 31.12.2006 ausstehenden 85.673 Stück Wandelschuldverschreibungen wurden im Geschäftsjahr 44.173 Stück gewandelt und 3.000 Stück zurückgegeben. Somit befinden sich zum 31.12.2007 38.500 Stück in Umlauf. Insgesamt gingen die Verbindlichkeiten auf Mio. EUR 1,3 (Vorjahr: Mio. EUR 2,0) zurück.

In den kurzfristigen Rückstellungen sind überwiegend Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern für variable Gehaltsbestandteile enthalten. Es wurden zudem im Wesentlichen Rückstellungen für Gewährleistungen, und erwartete Rechnungen in angemessenem Umfang gebildet. Die Steuerrückstellungen liegen zum 31.12.2007 bei Mio. EUR 0,7 (Vorjahr: Mio. EUR 0,4).

Die passive Rechnungsabgrenzung in Höhe von Mio. EUR 0,8 (Vorjahr: Mio. EUR 1,0) enthält im Wesentlichen abgegrenzte Umsatzerlöse.

Das Eigenkapital der ATOSS Software AG lag zum 31.12.2007 bei Mio. EUR 10,2 (Vorjahr: Mio. EUR 9,1), die Eigenkapitalquote betrug demnach 60 Prozent nach 58 Prozent zum 31.12.2006.

Die Investitionen in das Anlagevermögen (ohne Finanzanlagen) liegen im Geschäftsjahr 2007 wie im Vorjahr bei Mio. EUR 0,6.

Aufgrund der sehr guten Ertragslage und der weiterhin soliden Vermögenslage sieht sich die Gesellschaft auch für die Zukunft in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

4. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag kaufte die Gesellschaft zwischen dem 22.01.2008 und dem 25.01.2008 6.619 eigene Anteile zu Anschaffungskosten von EUR 48.526. Zu weiteren berichtspflichtigen Vorgängen von besonderer Bedeutung kam es nach dem Bilanzstichtag nicht.

5. Risikobericht

Im Einklang mit der langfristig ausgelegten Unternehmensstrategie versucht die Gesellschaft keine unangemessenen Risiken einzugehen. Dennoch ist das Unternehmen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit unvermeidlich unterschiedlichen Risiken ausgesetzt, die sich aus dem operativen Geschäft selbst, aber auch aus geänderten Umfeldbedingungen ergeben.

Um diese Risiken transparent darzustellen, sie zu bewerten und damit auch die sich bietenden Chancen nutzen zu können, hat die Gesellschaft ein umfassendes Risikomanagementsystem entwickelt. Dabei soll nicht nur die fortlaufende Identifikation und Beobachtung von Risiken sichergestellt werden, sondern auch durch die Bewertung von Eintrittswahrscheinlichkeit und denkbarem Schaden Entscheidungskriterien bereitgestellt werden, welche es ermöglichen, die Bereitschaft zum Eingehen von Risiken transparent darzustellen.

Bereits im Vorjahr wurde das Risikomanagementsystem überarbeitet und an Änderungen in der Organisationsstruktur angepasst; im laufenden Jahr wurden in geringem Umfang redaktionelle Änderungen vorgenommen. Innerhalb des Systems wird auch Risiken aus mangelnder Datensicherheit Rechnung getragen. Insgesamt verfügt ATOSS aus Sicht des Vorstands über ein sehr umfassendes und einfach nachvollziehbares System, welches die Risikostrategie sinnvoll unterstützt.

Es wurden im abgeschlossenen Jahr zwei umfassende Risikoehebungen durchgeführt. Die daraus resultierenden Ergebnisse wurden durch das Risikomanagement Komitee zum Risikobericht zusammengefasst und dem Vorstand vorgelegt. Bei den in diesen Risikoberichten dargestellten Risiken handelte es sich im Wesentlichen um bereits in vorangegangenen Berichten beschriebene Risiken.

Neben Risiken, die sich aus Datenschutz und Datensicherheit ergeben, wurden insbesondere weiterhin Marktrisiken hinsichtlich Wettbewerbssituationen, etwa auch der Konsolidierung des Mitbewerbs oder einem veränderten Marktumfeld dargestellt. Unter anderem werden auch Risiken durch technologische Veränderungen oder der Ausfall von Schlüsselpersonen gesehen.

Die Gesellschaft versucht weiterhin diesen Risiken durch organisatorische Maßnahmen zu begegnen. Das Risiko des Ausfalls von Schlüsselpersonen ist grundsätzlich darüber abgedeckt, dass eine Verteilung der Kenntnisse innerhalb der Bereiche vorgenommen wird.

Den durch das Wettbewerbsumfeld bedingten Risiken trägt die Gesellschaft durch eine Vertiefung ihrer Funktionalität in den Kernthemen Arbeitszeitmanagement und Personaleinsatzplanung Rechnung, die auf klare Differenzierung vom Wettbewerb ausgerichtet ist und den Marktzutritt somit erschwert.

Das finanzwirtschaftliche Risiko wird weiterhin durch eine unverändert konservative Anlagestrategie abgedeckt. Weiterhin werden die Mittel der Gesellschaft aufgrund des möglichen Zinsänderungsrisikos und der Bonitätsrisiken in Festgelder namhafter Kreditinstitute mit kurzen Laufzeiten unter Beachtung der Haftungsgrenzen des Einlagensicherungsfonds investiert. Somit ist das Marktpreisrisiko von finanziellen Vermögenswerten weiterhin zu vernachlässigen.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden kontinuierlich hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit bewertet und bei Auffälligkeiten Wertberichtigungen vorgenommen. Nachdem die Gesellschaft über keine Kundenbeziehungen mit einem Umsatzanteil von mehr als 10 Prozent verfügt, hat das Kreditrisiko keinen bestandsgefährdenden Umfang.

Aufgrund der hohen und kurzfristig verfügbaren Zahlungsmittel sowie des langfristig positiven operativen Cashflows besteht für die Gesellschaft kein Liquiditätsrisiko.

Ebenso werden die Risiken aus bestehenden oder neu abzuschließenden Kundenverträgen permanent beobachtet und bewertet.

Im Bereich rechtlicher Risiken oder Änderungen von regulatorischen Anforderungen können sich Beeinträchtigungen des operativen Geschäfts ergeben. Durch die Börsennotierung ergibt sich das Risiko, zunehmenden gesetzlichen Anforderungen nicht mehr in einer wirtschaftlich vertretbaren Weise nachkommen zu können. Weiterhin werden hierfür innerhalb der Organisation formelle Abläufe geschaffen, welche den geänderten Rahmenbedingungen Rechnung tragen sollen.

Schließlich besteht weiterhin die Möglichkeit, dass nicht erkannte und berichtete Risiken eintreten, welche ebenfalls negative Einflüsse auf die Geschäftstätigkeit nehmen könnten. Aus der Konzentration von grundsätzlich voneinander unabhängigen Risiken können sich zusätzliche, sich gegenseitig verstärkende Gefahren für die Gesellschaft entwickeln. Deshalb wird ATOSS sein Umfeld weiterhin kontinuierlich beobachten und die Wirksamkeit der beschlossenen Maßnahmen wie auch das gesamte Risikomanagementsystem überprüfen. Trotz ständiger Anpassungen des Risikomanagementsystems lassen sich die dargestellten Risiken hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer betragsmäßigen Auswirkungen jedoch nicht vollständig quantifizieren.

6. Ausschüttung

Wie im Vorjahr legen Vorstand und Aufsichtsrat bei ihrem Dividendenvorschlag die langfristige Dividendenpolitik des Unternehmens zugrunde, nach der 30 Prozent bis 50 Prozent des im Geschäftsjahr erwirtschafteten Konzerngewinns je Aktie ausgeschüttet werden. Aus diesem Grund hat sich der Vorstand entschlossen, der Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2007 eine Dividende in Höhe von 0,31 EUR vorzuschlagen.

7. Prognosebericht: Künftige Wirtschafts- und Branchensituation, künftige Unternehmenssituation

Das wirtschaftliche Umfeld im abgelaufenen Geschäftsjahr sorgte für ein gutes Investitionsklima für Unternehmen. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum in 2007 betrug entsprechend der Herbstprognosen des DIW 2,4 Prozent. Über die Auswirkungen des schwachen Dollars auf die Exportwirtschaft, die hohen Öl- und Energiepreise und die durch die US-Immobilienkrise ausgelösten Engpässe in der Kreditvergabe gingen die Erwartungen an das Wirtschaftswachstum der kommenden Jahre etwas zurück.

Die überwiegende Zahl der vom Branchenverband BITKOM befragten IT-Unternehmen sieht einem weiteren Wachstumsjahr entgegen. Demnach rechnen 78 Prozent für das kommende Jahr mit steigenden Umsätzen und immerhin 16 Prozent mit Umsätzen auf dem Niveau von 2007.

Für die ATOSS Gruppe ist es für zukünftiges Wachstum unverändert erforderlich, die vorhandenen Marktpotenziale zu nutzen und Kunden und Interessenten über einen geeigneten Marktzugang von ihren Produkten, ihrer Kompetenz und den Vorteilen einer langfristigen Investitionssicherung über die Partnerschaft mit einem finanziell unabhängigen Lösungsanbieter zu überzeugen. Günstige Marktbedingungen alleine bieten einem Nischenanbieter wie ATOSS keine eigenständigen Wachstumsperspektiven. Deshalb wird der erfolgreiche Marktzugang weiterhin die entscheidende Voraussetzung für zukünftiges Wachstum darstellen.

Die Gesellschaft geht davon aus, dass die gute Resonanz auf die neuen Produkte weiterhin anhält und sich der Erfolg im Auftragsingang des Jahres 2007 auch im kommenden Jahr fortsetzt. Aufgrund des zum 31.12.2007 sehr hohen Auftragsbestandes rechnet die Gesellschaft mit einem weiter steigenden Umsatzniveau und bei einer unterproportional ansteigenden Kostenstruktur mit steigenden Ergebnissen. Für die Folgejahre wird bei einem günstigen Umfeld von einer Fortsetzung des Unternehmenswachstums ausgegangen.

Der Vorstand versichert nach bestem Wissen, dass der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und der Lage der Gesellschaft in diesem Lagebericht so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, und dass die wesentlichen Chancen und Risiken beschrieben sind.

München, den 29.01.2008



Andreas F.J. Obereder



Christof Leiber

AUFTRAGSBEDINGUNGEN, HAFTUNG UND VERWENDUNGSVORBEHALT

Wir, die Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, haben unsere Prüfung der vorliegenden Rechnungslegung im Auftrag der Gesellschaft vorgenommen. Neben der gesetzlichen Funktion der Offenlegung (§ 325 HGB) in den Fällen gesetzlicher Abschlussprüfungen richtet sich der Bestätigungsvermerk ausschließlich an die Gesellschaft und wurde zu deren interner Verwendung erteilt, ohne dass er weiteren Zwecken Dritter oder diesen als Entscheidungsgrundlage dienen soll. Das in dem Bestätigungsvermerk zusammengefasste Ergebnis von freiwilligen Abschlussprüfungen ist somit nicht dazu bestimmt, Grundlage von Entscheidungen Dritter zu sein, und nicht für andere als bestimmungsgemäße Zwecke zu verwenden.

Unserer Tätigkeit liegen unser Auftragsbestätigungsschreiben zur Prüfung der vorliegenden Rechnungslegung[, die Besonderen Auftragsbedingungen für Prüfungen und prüfungsnahe Tätigkeiten der Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft (Stand 1. Juli 2007) sowie die „Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften“ in der vom Institut der Wirtschaftsprüfer herausgegebenen Fassung vom 1. Januar 2002 zugrunde.

Klarstellend weisen wir darauf hin, dass wir Dritten gegenüber keine Verantwortung, Haftung oder anderweitige Pflichten übernehmen, es sei denn, dass wir mit dem Dritten eine anders lautende schriftliche Vereinbarung geschlossen hätten oder ein solcher Haftungsausschluss unwirksam wäre.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass wir keine Aktualisierung des Bestätigungsvermerks hinsichtlich nach seiner Erteilung eintretender Ereignisse oder Umstände vornehmen, sofern hierzu keine rechtliche Verpflichtung besteht.

Wer auch immer das in vorstehendem Bestätigungsvermerk zusammengefasste Ergebnis unserer Tätigkeit zur Kenntnis nimmt, hat eigenverantwortlich zu entscheiden, ob und in welcher Form er dieses Ergebnis für seine Zwecke nützlich und tauglich erachtet und durch eigene Untersuchungshandlungen erweitert, verifiziert oder aktualisiert.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2002

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für die Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Werden im Einzelfall ausnahmsweise vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Wirtschaftsprüfer und anderen Personen als dem Auftraggeber begründet, so gelten auch gegenüber solchen Dritten die Bestimmungen der nachstehenden Nr. 9.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z. B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts beachtet sind; das gleiche gilt für die Feststellung, ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ausführung eines Auftrages umfaßt nur dann Prüfungshandlungen, die gezielt auf die Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten gerichtet sind, wenn sich bei der Durchführung von Prüfungen dazu ein Anlaß ergibt oder dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.

(4) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, daß dem Wirtschaftsprüfer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß alles unterlassen wird, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährden könnte. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Hat der Wirtschaftsprüfer die Ergebnisse seiner Tätigkeit schriftlich darzustellen, so ist nur die schriftliche Darstellung maßgebend. Bei Prüfungsaufträgen wird der Bericht, soweit nichts anderes vereinbart ist, schriftlich erstattet. Mündliche Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrages sind stets unverbindlich.

6. Schutz des geistigen Eigentums des Wirtschaftsprüfers

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen, insbesondere Massen- und Kostenberechnungen, nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.

7. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

Gegenüber einem Dritten haftet der Wirtschaftsprüfer (im Rahmen von Nr. 9) nur, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 gegeben sind.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

8. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen der Nacherfüllung kann er auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen; ist der Auftrag von einem Kaufmann im Rahmen seines Handelsgewerbes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muß vom Auftraggeber unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z. B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen gilt die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Haftung bei Fahrlässigkeit, Einzelner Schadensfall

Falls weder Abs. 1 eingreift noch eine Regelung im Einzelfall besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 54 a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt; dies gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfaßt sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(3) Ausschlussfristen

Ein Schadensersatzanspruch kann nur innerhalb einer Ausschlussfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von 5 Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde.

Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen mit gesetzlicher Haftungsbeschränkung.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Eine nachträgliche Änderung oder Kürzung des durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschlusses oder Lageberichts bedarf, auch wenn eine Veröffentlichung nicht stattfindet, der schriftlichen Einwilligung des Wirtschaftsprüfers. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfaßt nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, daß der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Falle hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, daß dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfaßt die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z. B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen und
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen.

(6) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzuges wird nicht übernommen.

12. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, gleichviel, ob es sich dabei um den Auftraggeber selbst oder dessen Geschäftsverbindungen handelt, es sei denn, daß der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.

(3) Der Wirtschaftsprüfer ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftraggebers zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

13. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Wirtschaftsprüfer angebotenen Leistung in Verzug oder unterläßt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 3 oder sonstwie obliegende Mitwirkung, so ist der Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Unberührt bleibt der Anspruch des Wirtschaftsprüfers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Wirtschaftsprüfer von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

14. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

15. Aufbewahrung und Herausgabe von Unterlagen

(1) Der Wirtschaftsprüfer bewahrt die im Zusammenhang mit der Erledigung eines Auftrages ihm übergebenen und von ihm selbst angefertigten Unterlagen sowie den über den Auftrag geführten Schriftwechsel zehn Jahre auf.

(2) Nach Befriedigung seiner Ansprüche aus dem Auftrag hat der Wirtschaftsprüfer auf Verlangen des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlaß seiner Tätigkeit für den Auftrag von diesem oder für diesen erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Wirtschaftsprüfer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift besitzt. Der Wirtschaftsprüfer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

16. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.